

## Niederschrift

über die öffentliche Sitzung des Finanzausschusses vom 19.07.2011 um 18.15 Uhr  
im Sitzungssaal des Rathauses

---

Anwesend: Oberbürgermeister Müller

UsW-Stadtratsfraktion:

2. Bürgermeister May  
Stadträtin Richter  
Stadtrat Schmidt

CSU-Stadtratsfraktion:

Stadtrat Moser  
Stadträtin Schwab

SPD-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Dr. Endres-Paul  
Stadträtin Kahnt

FW-Stadtratsfraktion:

Stadträtin Wallrapp  
Stadträtin Wachter

KIK-Stadtratsfraktion:

Bürgermeister Christof

ödp-Stadtratsgruppe:

Stadträtin Schmidt

ProKT-Stadtratsgruppe:

Stadtrat Böhm

Berufsmäßige Stadträte:

Berichterstatter: Oberrechtsrätin Schmöger  
Verwaltungsrat Hartner  
Stadtkämmerer Weber  
Stadtplaner Pohl  
Dipl.-Ing. Richter  
Frau Dlugosch, Leiterin Mehrgenerationenhaus

Protokollführer: Verwaltungsfachwirt Müller

Als Gäste: Stadtrat Freitag

Stadtrat Popp  
Stadträtin Glos  
Stadträtin Stocker  
Ortssprecherin Schlötter

Entschuldigt fehlten:

### Feststellung gemäß § 27 der Geschäftsordnung

Sämtliche Mitglieder des Finanzausschusses waren ordnungsgemäß geladen. Von den 13 Mitgliedern sind zu Beginn der Sitzung mehr als die Hälfte anwesend. Der Finanzausschuss ist somit beschlussfähig. Es bestehen keine Einwände gegen die Tagesordnung.

#### 1. Vergabe einer neuen Baugenehmigungssoftware für das Sachgebiet Stadtplanung und Bauordnung

##### **Ohne Abstimmung**

Oberbürgermeister Müller gibt zur Kenntnis, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung der Auftrag für die Beschaffung einer neuen Baugenehmigungssoftware vergeben wurde.

#### 2. Reinvestition eines EDV-Raumes (Lehrbüro) in der Friedrich-Bernbeck-Schule

##### **Ohne Abstimmung**

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass im nichtöffentlichen Teil der Sitzung der Auftrag für die Reinvestition eines EDV Raumes (Lehrbüro) in der Friedrich-Bernbeck-Schule vergeben wurde.

#### 3. Lärmaktionsplanung:

##### Auftragsvergabe für Lärmaktionsplanung Stufe 1 (Straßenverkehr)

##### **Mit 13 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Der Auftrag zur Erstellung einer Lärmaktionsplanung gemäß § 47d BImSchG wird an das Büro Wölfel beratende Ingenieure GmbH + Co. KG, 97201 Höchberg, erteilt.
3. Die Auftragssumme beträgt 18.430,72 €
4. Der Oberbürgermeister wird ermächtigt, den Auftrag zu erteilen.

#### 4. Bauleitplanung - Bebauungsplan Nr. 104 "Sondergebiet Freizeit und Reitsport mit angegliedertem Wohnen und Tagungshotel"; hier: Abwägung Entwurf und Satzungsbeschluss

- A. Stadtplaner Pohl geht ausführlich auf die eingegangenen Anregungen sowie die entsprechenden Stellungnahmen ein. Auf Wunsch aus der Mitte des Gremiums verweist Oberbürgermeister Müller die Beschlussfassung nach Beratung in den Fraktionen und Gruppen auf die Stadtratssitzung am 28.07.2011.

##### **B. Ohne Abstimmung**

Die Beschlussfassung wird auf die Stadtratssitzung am 28.07.2011 verwiesen.

5. Weiterführung des Mehrgenerationenhauses im Caritas Altenheim St.-Elisabeth in Kitzingen; hier: Zuschuss der Stadt Kitzingen

A. Verwaltungsrat Hartner geht auf den Sachverhalt ein und stellt dar, dass die EU-Mittel nur dann abgeschöpft werden können, wenn die Stadt für die Jahre bis 2014 jeweils 10.000,00 € als Gegenfinanzierung zur Verfügung stellt.

Oberbürgermeister Müller verweist auf die Bedeutung des Mehrgenerationenhauses und bittet um Zustimmung.

Stadtrat Popp als Referent für Senioren und Menschen mit Behinderung erklärt, dass sich der Beirat einstimmig für die Unterstützung des Projektes ausgesprochen habe.

Stadträtin Stocker als Referentin für Jugend und Familie spricht sich ebenfalls für die Unterstützung des Projektes aus.

Stadträtin Richter stellt dar, dass sich die UsW ebenfalls für das Projekt ausspricht, sie gibt zu Bedenken, dass ab 2014, nach Ablauf der drei Jahre die EU die Mittel sicherlich nicht mehr zu Kofinanzierung liefern werde.

Stadträtin Schmid ist der Auffassung, dass das Mehrgenerationenhaus eine sehr gute Geschichte sei, sie jedoch eine Beteiligung des Landkreises befürworte, da viele Nutzer auch Landkreisbürger seien.

Verwaltungsrat Hartner stellt dar, dass nach den Vorschriften die Kommune die Gegenfinanzierung leisten müsse, jedoch nicht geregelt sei, ob die Stadt oder der Landkreis eintreten müsse. In der Tat seien Bürger der Stadt gleichzeitig Landkreisbürger. Falls dies der Wunsch des Gremiums sei, wäre dies eine politische Entscheidung und müsse entsprechend mit dem Landkreis besprochen werden.

Frau Dlugosch, Leiterin des Mehrgenerationenhauses, die mit Zustimmung des Finanzausschusses ein Rederecht erhält, weist darauf hin, dass sie darüber hinaus auf den Landkreis hinsichtlich eines Personalkostenzuschusses zugehen werde.

Stadträtin Wallrapp fragt nach der Möglichkeit, diese Maßnahme über die Stiftung für Alten und Pflegehilfe zu finanzieren.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, dies zu prüfen.

**B. Mit 13 : 0 Stimmen**

Zur Weiterführung des Mehrgenerationenhauses im Caritas Altenheim St.-Elisabeth in Kitzingen leistet die Stadt Kitzingen für den Förderzeitraum 2012 – 2014 einen Zuschuss i. H. v. jährlich 10.000 €.

6. Stadtplanung - Erschließung Gewerbegebiet "Fröhstockheim II", Antrag auf Anbindung an die Kreisstraße KT 13; hier: Beteiligung der Stadt Kitzingen

**Mit 13 : 0 Stimmen**

1. Vom Sachvortrag wird Kenntnis genommen.
2. Die Stadt Kitzingen spricht sich gegen eine weitere Erschließung des Gewerbegebietes „Fröhstockheim II“ durch eine Anbindung an die Kreisstraße KT 13 über Kitzinger Gemarkung aus.

7. Eisenbahnüberführungen Innere Sulzfelder Straße und Kaltensondheimer Straße; hier: Vorstellung der Verkehrsuntersuchung im Zuge des Generalverkehrsplanes sowie Beschluss über Stellung von Aufweitungsverlangen

A. Oberbürgermeister Müller geht kurz auf den Sachstand ein und erläutert, dass durch die baulichen Veränderungen an den Brückenbauwerken Kaltensondheimer Straße bzw. Innere Sulzfelder Straße durch die Bahn, die Stadt die Möglichkeit habe, ebenfalls

eine bauliche Veränderung vorzunehmen. Eine Verbreiterung der Fahrbahn sehe der Verkehrsgutachter, Herr Baier bei der Kaltensondheimer Straße aufgrund der Verkehrszählungen nicht, so dass hier lediglich der Geh- und Radweg auf 2,50 m verbreitert werde. Die Fahrbahn bleibe einspurig befahrbar. Darüber hinaus habe Herr Baier vorgeschlagen, mit Blick auf einen eventuell möglichen Stadtbuss, die Fahrbahn um ca. 20 cm zu senken, damit dieser auch durch die Unterführung fahren könne.

Dipl.-Ing. Richter geht im Folgenden darauf ein, wie technisch diese bauliche Änderung vollzogen werden soll.

Bürgermeister Christof ist der Auffassung, dass das Ergebnis des Gutachtens bei der Umpfanung der Brücken berücksichtigt werden sollte und wundert sich, wie Herr Baier zu den genannten Schlüssen komme. Im Stadtrat wurde bislang noch nicht diskutiert, wie der Verkehr in Kitzingen zukünftig stattfinden soll. Darüber hinaus gibt er zu Bedenken, dass das Mühlberggebiet in gleicher Weise berücksichtigt werden müsste, da dieses durch eine bauliche Änderung des Bauwerks Innere Sulzfelder Straße erheblich tangiert werde.

Dipl.-Ing. Richter stellt dar, dass die Bahn aufgrund ihres Bauvorhabens auf eine Antwort der Stadt warte und die Schlüsse von Herrn Baier aufgrund von Verkehrszählungen und Berechnungen basieren.

Oberbürgermeister Müller weist darauf hin, dass die Unterführung in der Inneren Sulzfelder Straße mit „mangelhaft“ eingestuft und eine bauliche Veränderung zwingend erforderlich sei. Die Verwaltung spricht sich für Variante 1 aus, d.h. Geh- und Radweg mit 2,50 m, zweispurig befahrbar sowie eine Radweg mittels Schutzstreifen. Bei diesem Umbau liegen die Kosten der Stadt bei ca. 15 %.

Hinsichtlich der Schlüsse von Herrn Baier verweist Oberbürgermeister Müller darauf, dass in der Stadtratssitzung am 28.07.2011 Herr Baier anwesend sein werde und über die Ergebnisse der Prüfung zu den Brückenbauwerken berichten werde.

Im Folgenden haben die Stadträte verschiedenen Fragen zu den Kosten im Bereich der Kaltensondheimer Straße, worauf Oberbürgermeister Müller zusagt, die genauen Kostenbeteiligungen der Stadt bis zur Stadtratssitzung nochmals aufzuschlüsseln.

In diesem Zusammenhang wird seitens der Stadträte kritisch bemerkt, dass für die Kaltensondheimer Straße Kosten in Höhe von 150.000,00 € anfallen sollen, obwohl für die Stadt keine Veränderungen vorgenommen werden solle.

Dipl.-Ing. Richter erklärt, dass für die Kaltensondheimer Straße Kosten für die Beleuchtung sowie die Ampelsteuerung kalkuliert seien und er diese im Detail nochmals aufzuschlüsseln werde.

Stadträtin Wallrapp stellt den Antrag aufgrund der Übersichtlichkeit, für beiden Brückenbauwerke eine separate Beschlussvorlage zu erstellen.

#### **B. Mit 12 : 1 Stimmen**

Mit dem Antrag von Stadträtin Wallrapp besteht Einverständnis.

- C. Stadträtin Wallrapp bezieht sich ebenfalls auf die Situation im Mühlberggebiet (Schülerverkehr, Parken, Durchgangsverkehr), die sich bei einer Aufweitung der Inneren Sulzfelder Straße noch verschlechtern könnte.

#### **D. Ohne Abstimmung**

Die Beschlussfassung erfolgt in der Stadtratssitzung am 28.07.2011

8. Gebührenkalkulation für die Friedhöfe der Stadt Kitzingen und der Ortsteile:  
Nachkalkulation 2010 und Vorkalkulation 2011 - 2014

**Mit 13 : 0 Stimmen**

Die Friedhofsgebühren bleiben unverändert.

Die über dem Kostendeckungsgrad (80 %) liegenden Einnahmen in Höhe von 61.609,01 € werden den allgemeinen Haushaltsmitteln zugeführt.

9. Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm "Stadtumbau West":  
Kommunales Förderprogramm der Stadt Kitzingen,  
Sanierung des Daches, Paul-Eber-Str. 1

**Mit 13 : 0 Stimmen**

Für die Sanierung des Daches, Paul-Eber-Str. 1, Bauherren: Hausgemeinschaft Edith und Heinz-Jürgen Herzlieb, wird ein Zuschuss in Höhe von 2.000 € aus dem Kommunalen Förderprogramm der Stadt Kitzingen gewährt.

10. Bund-Länder-Städtebauförderungsprogramm "Stadtumbau West":  
Kommunales Förderprogramm der Stadt Kitzingen,  
Sanierung der Fassade und des Daches, Marktstraße 14 und 16

**Mit 13 : 0 Stimmen**

Für die Sanierung der Fassade und des Daches, Marktstraße 14 und 16, Bauherr: Herr Leo Eckert, wird ein Zuschuss in Höhe von 5.000 € aus dem Kommunalen Förderprogramm der Stadt Kitzingen gewährt.

11. Kommunales Unternehmensrecht - Beteiligungsbericht 2009

**Ohne Abstimmung**

Von dem nach Art. 94 Abs. 3 GO jährlich zu erstellenden Beteiligungsbericht über die Beteiligungen der Stadt Kitzingen an Unternehmen in Privatrechtsform für das Jahr 2009 wird Kenntnis genommen.

12. Information von Verwaltungsrat Hartner  
Europatage vom 22. bis 26. Juli 2011

Verwaltungsrat Hartner informiert ausführlich über die bevorstehenden Europatage, die vom 22. bis 26. Juli in Kitzingen stattfinden. Aus diesem Anlass sind erstmals Delegationen aus allen drei Partnerstädten gleichzeitig in Kitzingen, um gemeinsam zu feiern. Erwartet werden 150 Gäste, darunter 50 Jugendliche, die vom Jugendstadtrat und der Stadtjugendpflege betreut werden. Er verweist auf den organisatorischen Aufwand hinsichtlich der Unterkunft, der Verpflegung und des Programms auf dem Gartenschaulände. Besonders verweist er auf die Podiumsdiskussion für die Jugendlichen, die zum Thema Europa auf Englisch durchgeführt werden soll. Gleichzeitig und ins Programm eingebettet findet an diesem Wochenende das Nachbarschaftsfest des Integrationsbeirates statt.

Dies wird zur Kenntnis genommen.

13. Anfrage von Stadtrat Schmidt  
Hochwasserschutz am Esbach

Stadtrat Schmidt verweist auf seine Anfrage während der Haushaltsberatungen 2011 hinsichtlich des Hochwasserschutzes im Bereich des Esbachs.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass der Einbau des Frühwarnsystems bereits erfolgte und für die Übrigen Vorarbeiten keine Kapazitäten im Sachgebiet 63 zur Verfügung standen. Er sagt zu, dies zu klären.

14. Hinweis von Stadträtin Dr. Endres-Paul  
Ampelanlage Großlangheimer Straße/ST 2271

Stadträtin Dr. Endres-Paul weist darauf hin, dass die Ampelanlage, die für die Natur in Kitzingen an der ST 2271 errichtet wurde, nicht in Betrieb sei.

Oberbürgermeister Müller sagt zu, dies zu prüfen.

15. Hinweis von Stadtrat Moser  
LKW steht auf Bushaltestelle Nordtangente

Stadtrat Moser weist darauf hin, dass an der Bushaltestelle an der Nordtangente nachts ein LKW abgestellt sei und bittet dem Nachzugehen.

Oberbürgermeister Müller sagt dies zu.

16. Anfrage von Stadtrat Moser  
Grundstücksangelegenheit Matthaei

Stadtrat Moser erkundigt sich mit Blick auf die Diskussion in der Stadtratssitzung am 07.07.2011 und dem Presseartikel zum Vorhaben von Herrn Matthaei auf eine realistische Einschätzung zur Umsetzung.

Oberbürgermeister Müller macht deutlich, dass Herr Matthaei diese Pläne umsetzen möchte und der gegenwärtige Grundstückseigentümer nicht bereit sei, an die Stadt Kitzingen zu veräußern.

17. Bitte von Stadträtin Wallrapp  
Ampelschaltung Nordtangente kommend vom Kreisverkehr Mainstockheimer Straße

Stadträtin Wallrapp bittet diese Ampelschaltung zu verbessern, da sich zu den Stoßzeiten die Autos bis in den Kreisverkehr zurückstauen.

Oberbürgermeister Müller erklärt, dass diese Schaltung bereits verbessert wurde und dieses Beispiel ebenfalls verdeutliche, dass der Verkehrsrechner dringend notwendig sei.

**Oberbürgermeister Müller schließt die öffentliche Sitzung um 19.45 Uhr.**